

Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung
des Betriebsausschusses Immobilienservicebetrieb
mit der Bezirksvertretung Mitte am 05.11.2008

Tagungsort: Großer Saal, ehem. Kreishaus

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 21.30 Uhr

Anwesend:

Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb

CDU

Frau Ursula Bernecker (für Herrn Kleimann)

Frau Elke Grünewald

Herr Gerhard Henrichsmeier

Herr Hartmut Meichsner Vorsitzender

Herr Ralf Nettelstroth

SPD

Frau Brigitte Biermann (für Herrn Scholz)

Herr Hans-Jürgen Franz (für Herrn Fortmeier)

Herr Hans-Werner Pläßmann

Herr Horst Schaede

Frau Barbara Schneider

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Dieter Gutknecht

Herr Klaus Rees

BfB

Herr Gerd-Peter Grün (für Herrn Huber)

Die Linke

Frau Barbara Schmidt

Entschuldigt fehlen:

Herr Fortmeier (SPD-Fraktion)

Herr Huber (BfB-Fraktion)

Herr Kleimann (CDU-Fraktion)

Herr Scholz (SPD-Fraktion)

Bezirksvertretung Mitte

CDU-Fraktion

Frau Heckeroth
Herr Henningsen
Herr Meichsner
Herr Vogler

stellv. Bezirksvorsteher

SPD-Fraktion

Herr Emmerich
Herr Franz
Herr Klemmer
Frau Mertelsmann

Bezirksvorsteher

Fraktion Bündis 90/Die Grünen

Frau Bauer
Herr Gutknecht
Herr Gutwald
Herr Hahn

stellv. Bezirksvorsteher

BfB

Herr Micketeit

Bürgernähe

Frau Beaufort

Die Linke

Herr Ridder-Wilkens

Entschuldigt fehlen

Frau George (FDP)
Herr Langeworth (CDU-Fraktion)
Herr Dr. Neu (SPD-Fraktion)
Herr Suchla (SPD-Fraktion)

Verwaltung

Beigeordneter Dr. Pohle
Frau Bielemeier
Herr Müller
Herr Goldbeck
Herr Boberg
Herr Bültmann
Frau Fortmeier

Stab Dez. 2
Amt für Schule
Immobilienervicebetrieb
Immobilienervicebetrieb
Immobilienervicebetrieb
Schriftführerin

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Herr Meichsner eröffnet die gemeinsame Sitzung, zu der form- und fristgerecht eingeladen worden ist, begrüßt die Anwesenden und erklärt, dass er und Herr Franz sich dahingehend geeinigt haben, dass er den Vorsitz dieser gemeinsamen Sitzung übernimmt.

Er schlägt vor, dass Frau Fortmeier die Schriftführung übernimmt.

Sodann stellen Herr Franz die Beschlussfähigkeit der Bezirksvertretung Mitte und Herr Meichsner die Beschlussfähigkeit des Betriebsausschusses Immobilienservicebetrieb fest.

Er weist darauf hin, dass zu TOP 1 eine Nachtragsvorlage, Drucksachen-Nr. 6086/2004-2009 als Tischvorlage verteilt worden sei.

Herr Meichsner teilt an die Mitglieder des Betriebsausschusses ISB gerichtet mit, dass der Betriebsausschuss im Anschluss an die gemeinsame Sitzung noch über folgenden Punkt zu beraten und zu beschließen habe:

Punkt 5: Auftragserweiterung Maurerarbeiten für die Turnhallensanierung am Carl-Severing-Berufskolleg Außenstelle Wirtschaft und Verwaltung

Es gibt keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung.

-.-.-

Zu Punkt 1 Errichtung von gebundenen Ganztagschulen und Bau von Ganztagsbereichen an Gymnasien und Realschulen im Rahmen der Ganztagsoffensive des Landes NRW

Beratungsgrundlagen:

Drucksachennummer: 5985/2004-2009 und 6086/2004-2009

Herr Müller erläutert zunächst die Nachtragsvorlage, Drucksachen Nr. 6086/2004-2009, sowie die wesentlichen Änderungen gegenüber der Vorlage, Drucksachen-Nr. 5985/2004-2009. Er führt an, dass in einem Termin am 31.10.2008 bei der Bezirksregierung Detmold deutlich geworden sei, dass die Stadt Bielefeld gute Bewilligungschancen habe, zumal pro Gebietskörperschaft je 2 Realschulen und 2 Gymnasien gefördert werden, in den ländlichen Bereichen der Bedarf jedoch gering sei und somit auch die Realschule Bethel und das Gymnasium Bethel in gebundene Ganztagschulen umgewandelt werden könnten.

Herr Müller weist darauf hin, dass sich die Bezirksvertretung Jöllenbeck dafür ausgesprochen habe, die Realschule und die Hauptschule Jöllenbeck als gebundene Ganztagschule vorzusehen, was bei der Hauptschule jedoch nicht möglich sei, da in Hauptschulen aus Sicht vom Amt für Schule kein Bedarf mehr bestehe.

Zum Abschluss seiner Ausführungen weist er darauf hin, dass heute entweder der Verwaltungsvorlage Drucksache-Nr. 5985/2004-2009 oder der Nachtragsvorlage 6086/2004-2009 mit dem Beschluss des Schul- und Sportausschusses zugestimmt werden sollte

Auf eine entsprechende Bitte von Herrn Meichsner führt Herr Boberg aus, dass der Schul- und Sportausschuss als wesentliche Änderung be-

geschlossen habe, die Gertrud-Bäumer-Schule auf die vom Land erbetene „Reserveliste“ zu stellen. Die Sanierung dieser Schule sei bisher nicht im Wirtschaftsplan des ISB etatisiert, so dass in dem Fall einer Umwandlung zur gebundenen Ganztagschule 500.000 € im Wirtschaftsplan fehlen. Ab dem Jahr 2010 könnten jedoch weitere Maßnahmen in den Wirtschaftsplan aufgenommen werden.

Herr Beigeordneter Dr. Pohle führt ergänzend an, dass im Schulausschuss ausschließlich unter schulfachlichen Aspekten über gebundenen Ganztagschulen beraten worden sei und zum jetzigen Zeitpunkt nicht sicher sei, ob die Gertrud-Bäumer-Schule ebenfalls vom Land gefördert werde oder nicht. Die Gertrud-Bäumer-Schule komme erst dann zum Zuge, wenn der Stadt Bielefeld eine zusätzliche Förderung bewilligt werde. Erst dann müsse über die Finanzierung der gesamten Umbaumaßnahmen beraten werden, da der Eigenanteil an der Maßnahme sehr hoch sei.

Nach der Anmerkung von Herrn Meichsner, dass die Bezirksvertretung Mitte dieser Maßnahme zustimme, der Betriebsausschuss ISB ihr jedoch nur unter dem Vorbehalt der zur Verfügung stehenden Mittel zustimmen könne, weist Herr Rees darauf hin, dass die unterschiedlichen Förderprogramme des Landes NRW sich gegenseitig Konkurrenz machen. Der ISB sollte sich bereits jetzt schon Gedanken machen, ob durch eine Änderung der Prioritäten der Schulbausanierungsplanung, eine zeitnahe Umwandlung der Gertrud-Bäumer-Schule in eine gebundene Ganztagschule möglich sei, falls auch diese Schule vom Land NRW eine Förderung bewilligt bekomme.

Frau Mertelsmann erklärt, dass die SPD-Fraktion sich dem Beschluss des Schul- und Sportausschusses, soweit er den Stadtbezirk Mitte betreffe, anschließen könne und stellt für ihre Fraktion der Bezirksvertretung Mitte folgenden Antrag:

- „1. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie der vorhandene hohe Raumbedarf der Luisenschule, besonders die dringend notwendigen Räumlichkeiten für die Über-Mittag-Versorgung, zeitnah – gegebenenfalls auch durch Übergangs- oder Dependance-Lösungen – gedeckt werden kann.
2. Darüber hinaus ist zu prüfen, wie auch an der Luisenschule angesichts der bestehenden hohen Schülerzahlen und der darüber hinaus vorhandenen Nachfrage ein Ganztagsbetrieb eingerichtet werden kann.
3. Die Ergebnisse der Prüfung einschließlich der Kostenschätzungen sind dem Fachausschuss sowie der Bezirksvertretung Mitte und dem BISB zeitnah vorzustellen.“

Sie begründet den Antrag damit, dass die Luisenschule die einzige Schule im Stadtbezirk Mitte sei, die aufgrund der räumlichen Situation keinen Ganztagsbetrieb anbiete. Sie erinnert daran, dass die Schule vor einigen Jahren saniert worden sei und dabei die jetzige Entwicklung nicht bedacht worden sei

Herr Ridder-Wilkens schließt sich den Ausführungen von Frau Mertelsmann an und er fragt, warum die Luisenschule bisher nicht beim Ganztagsbetrieb berücksichtigt worden sei.

Herr Müller weist zunächst darauf hin, dass die Stadt nach geltender Erlasslage verpflichtet sei, ein bedarfsgerechtes Angebot an Halbtagsrealschulen aufrecht zu erhalten. Deshalb dürften unmittelbar benachbarte Realschulen zum jetzigen Zeitpunkt nicht zeitgleich in den gebundenen Ganztags umgewandelt werden. Weiterhin sei es einerseits gut, dass die Luisenschule saniert worden sei, andererseits mache das jetzt den Eingriff in die Gebäudesubstanz so schwierig, weil damit sanierte Gebäudeteile wieder zerstört würden. Die Verwaltung prüfe jedoch andere Lösungen, über die zum jetzigen Zeitpunkt nicht in öffentlicher Sitzung berichtet werden könne.

Daraufhin wird die Sitzung auf Vorschlag von Herrn Meichsner unterbrochen und nichtöffentlich fortgesetzt (s. nichtöffentlicher Teil dieser Niederschrift).

Unter Berücksichtigung der geführten Diskussion und des Antrages von Frau Mertelsmann fasst die Bezirksvertretung Mitte folgenden

Beschluss:

- 1. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie der vorhandene hohe Raumbedarf der Luisen Realschule, besonders die dringend notwendigen Räumlichkeiten für die Über-Mittag-Versorgung, zeitnah – gegebenenfalls auch durch Übergangs- oder Dependance-Lösungen – gedeckt werden kann.**
- 2. Darüber hinaus ist zu prüfen, wie auch an der Luisenschule angesichts der bestehenden hohen Schülerzahlen und der darüber hinaus vorhandenen Nachfrage ein Ganztagsbetrieb eingerichtet werden kann.**
- 3. Die Bezirksvertretung Mitte stimmt den vom Schul- und Sportausschuss am 28.10.2008 beschlossenen Maßnahmen an den Realschulen im Stadtbezirk Mitte zu.**
- 4. Die Bezirksvertretung Mitte nimmt die vom Schul- und Sportausschuss am 28.10.2008 beschlossenen Maßnahmen an den Gymnasien im Stadtbezirk Mitte zur Kenntnis.**

- einstimmig beschlossen -

Der Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb nimmt die vom Schul- und Sportausschuss am 28.10.2008 beschlossenen Maßnahmen unter dem Vorbehalt der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel zur Kenntnis.

Herr Grün hat gem. § 31 GO NRW an der Beratung und Beschlussfassung nicht mitgewirkt.

(Die Vorlage Drucksachen-Nr. 6086 ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift)

Zu Punkt 2

Dauerhafte Raumversorgung des Max-Planck-Gymnasiums unter Weiternutzung des Gebäudes der ehemaligen Gutenbergschule

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6031/2004-2009

Da der Schulausschuss in seiner Sitzung am 28.10.2008 noch keinen empfehlenden Beschluss gefasst hat, schlägt Herr Meichsner vor, dass die Bezirksvertretung Mitte und der Betriebsausschuss ISB die Vorlage der Verwaltung zur Kenntnis nehmen und über die finanziellen und schulpolitischen Auswirkungen, die sich aus dem vom Rat der Stadt noch zu fassenden Beschluss ergeben, zu informieren seien, so dass nicht mehr zu einer Sondersitzung eingeladen werden müsse.

Herr Gutwald verweist auf Seite 5, Punkt 6 „Perspektivische langfristige Entwicklung der Schülerzahlen an Gymnasien“ der Verwaltungsvorlage, Drucksachen-Nr. 6031/2004-2009, wonach die Entwicklung der Schülerzahlen in den nächsten Jahren gleich bleibe. Er vermisse in dem Zusammenhang jedoch eine Aussage dazu, dass das Abitur künftig nach 12 Jahren gemacht werde und sich die Raumenge dann verringere, weil zwei Jahrgänge gleichzeitig abgehen.

Daraufhin führt Herr Müller an, dass das natürlich bedacht worden sei, zumal nur dadurch das Problem der Raumenge nicht noch größer werde, da die Grundschulen zurzeit große Einschulungsjahrgänge haben, von denen immer mehr Schüler auf ein Gymnasium wechseln. Erst ab dem Jahr 2014 werde es in den Gymnasien zu einer Entlastung, jedoch nicht zu einer Entspannung kommen.

Auf die Vorlage der Verwaltung eingehend führt Herr Müller an, dass die Verwaltung sich für die Beibehaltung des Standortes Gutenberg-Schule aus fiskalischen Gründen ausspreche und dieses auch zulässig sei. Die Lehrer und die Eltern des Max-Planck-Gymnasiums lehnen diesen Vorschlag jedoch entschieden ab. Die Entscheidung der Schulkonferenz für die Umwandlung zum gebundenen Ganztagsbetrieb stehe deshalb unter dem Vorbehalt, dass das Gymnasium nur an einem Standort weitergeführt werde. Der Schul- und Sportausschuss habe in dieser Angelegenheit noch keine Entscheidung getroffen, sondern die Verwaltung gebeten, zunächst u.a. Fragen zu den Betriebskosten, zur Investitionskostenreduzierung durch Reduzierung der baulichen Erweiterung oder zur Erzielung von Synergieeffekten durch den Bau eines Forums zu erzielen, das auch als Mensa genutzt werden könne, zu prüfen und zu beantworten. Weiterhin solle geprüft werden, ob die Raumnutzung geringfügig verdichtet werden könne oder auch eine Verkleinerung der Mensafläche gemäß Musterraumprogramm möglich sei, da nicht alle Schüler dort essen werden. Ebenso solle über Folgenutzungsmöglichkeiten für das Gebäude der Gutenberg-Schule, z.B. für die Abendrealschule und das Abendgymnasium nachgedacht werden, zumal sich dadurch auch stadtentwicklungsplanerische Chancen an der Frachtstraße ergäben. Die Klärung dieser Fragen sei aber vor dem Hintergrund, dass der ISB Zeitdruck aufbaue, da er einen Architektenwettbewerb für das Max-Planck-Gymnasium durchführen wolle, nicht einfach, weil sich die Beantwortung einiger Fragen erst im Architektenwettbewerb ergebe.

Auf eine entsprechende Frage von Frau Beaufort antwortet Herr Müller,

dass die Gertrud-Bäumer-Schule mit in die Vorlage der gebundenen Ganztagschulen aufgenommen worden sei, da dadurch Synergieeffekte mit dem Max-Planck-Gymnasium erzielt werden könnten.

Nachdem sich die Mitglieder der Bezirksvertretung Mitte und des Betriebsausschusses Immobilienservicebetrieb darauf geeinigt haben, keine Sondersitzung mehr durchzuführen, da ihre Anhörungs- bzw. Beteiligungsrechte gewahrt worden seien, fassen sie folgenden

Beschluss:

Über die finanziellen und schulpolitischen Auswirkungen, die sich aus dem vom Rat der Stadt noch zu fassenden Beschluss ergeben, sind die Bezirksvertretung Mitte bzw. der Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb zu informieren.

Bezirksvertretung Mitte: - einstimmig beschlossen -
Betriebsausschuss ISB: - einstimmig beschlossen –

Herr Grün hat gem. § 31 GO NRW an der Beratung und Beschlussfassung nicht mitgewirkt.

Zu Punkt 3

Parkhaus im Neuen Rathaus / Parken im Rathausinnenhof

Beratungsgrundlage:

Beschluss der Bezirksvertretung Mitte vom 23.10.2008

Nach Hinweis von Herrn Meichsner, dass der Parkplatz im Rathausinnenhof Bestandteil des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes in der erweiterten Innenstadt sei, führt Herr Boberg an, dass die vorbereitenden Sanierungsarbeiten in der Tiefgarage im Neuen Rathaus am 07.11.2008 beendet werden sollen. Nach Rücksprache mit dem Feuerwehramt sei die dauerhafte Schließung des Parkplatzes erforderlich, um die Sicherheit des Theaters zu gewährleisten, da sonst zu viele parkende PKW's einen eventuellen Einsatz der Feuerwehr behindern könnten.

Daraufhin erklärt Herr Henningsen, dass der Parkplatz in der Vergangenheit immer nach Dienstschluss für die Öffentlichkeit zur Verfügung gestanden habe. Er weist darauf hin, dass auf dem Parkplatz zudem während der Theatervorstellungen trotz Schranke geparkt werde und er halte die Vorgehensweise der Verwaltung für bürgerunfreundlich.

Zum Abschluss betont Herr Meichsner, dass für das dauerhafte Schließen des Parkplatzes zunächst ein Beschluss der zuständigen politischen Gremien erforderlich sei und er bittet die Verwaltung, die Halteverbotschilder wieder am Theater anzubringen. Weiterhin müsse sichergestellt werden, dass der Parkzähler in der Tiefgarage Neues Rathaus nach Abschluss der Maßnahmen wieder auf die tatsächliche Parkplatzzahl umgestellt und die Anzeige in einen funktionstüchtigen Zustand versetzt werde, was die Verwaltung zusagt.

Die Bezirksvertretung Mitte und der Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb nehmen die Situation Tiefgarage Neues Rathaus/Parkplatz Rathausinnenhof zur Kenntnis.

-.-.-

